



Lageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ost Sachsen

Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaft / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Besitzpreis monatlich fest 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.), durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Bezahlungsgebot) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-Alt. / Geschäftsführer u. Verleger: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17250 / Postleitfunkort: Dresden Alt. 18600, Dresden Verlagsgesellschaft Schriftleitung: Dresden-Alt. Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17250 / Postleitfunkort: Dresden Alt. 18600 / Druckerei: Arbeiterkunst Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Montag bis Freitag 8-10 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Beispielpreis: Die neumal gehaltene Kongresssitzung oder deren Raum 0,30 RM., für Familienmitglieder 0,20 RM. für die Besucherreihe entsprechend an den entsprechenden Teil einer Tageszeitung 1,50 RM. Belegungs-Zahlung bis 9 Uhr vormittags in der Redaktion Dresden-Alt. Güterbahnhofstr. 2 / Die „Arbeiterkunst“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Im Falle höherer Belastung besteht kein Anspruch auf Lieferung oder auf Durchsetzung des Bezugsbetriebs.

3. Jahrgang

Mittwoch, den 21. September 1927

Nummer 221

Epidemie in Sachsen

Spinales Kinderlähmung in Leipzig, Grimma und Dresden / Die Leipziger Arzteschaft fordert Schließung der Schulen in Stadt- und Landgemeinden / Die Schulen in Grimma geschlossen

15 Todesopfer in Leipzig

zu 21. September.

Angesichts der seit einiger Zeit in Leipzig großflächigen Kinderlähmungsepisode hat eine Arztesversammlung die sofortige Schließung der Schulen gefordert. Neben der Forderung der Ärzte wird der Rat der Stadt Leipzig vorgenommen werden. Seit dem 1. August d. J. sind in Leipzig und Umgebung 82 Personen an spinaler Kinderlähmung erkrankt, darunter auch mehrere Erwachsene. Von den Erkrankten sind bis gestern abend 15 Personen gestorben. Die Kinderlähmungsepisode hat sich auch auf Grimma ausgedehnt, wo gestern die Schulen geschlossen worden sind.

Als wenn es sich um eine alltägliche Angelegenheit handle, teilte das Landesgesundheitsamt vor wenigen Tagen über den Stand der spinalen Kinderlähmung in Sachsen folgendes mit: „Wie alljährlich, so zeigt sich auch in diesen Jahren in den Monaten August und September die Zunahme der Erkrankungen an spinaler Kinderlähmung. Im Jahre 1926 betrug die Gesamtzahl der Erkrankungen im Kreisland Sachsen 108 mit 8 Todesfällen. In diesem Jahre sind bis Mitte September 56 Erkrankungen mit 14 Todesfällen gemeldet. Abgesehen davon über das ganze Land verstreuten Einzelfällen ist es zu einer Häufung der Krankheitsfälle in der Gegend Bautzen-Kreis und in Leipzig und Umgebung gekommen.“ In Leipzig hat die Epidemie nun in den letzten Tagen wieder stark um sich gegriffen. Wie unter Leipziger Ärzten berichtet wird, hat am Montag im Hörsaal der Universitätsklinik eine Arztesversammlung stattgefunden, in welcher der verantwortliche Schularzt Stadtmédicalrat Dr. Kengel und der Direktor der Universitätskinderklinik Prof. Dr. Bessau Vorträge hielten, auf die lebhafte Auseinandersetzung folgte. Die Ärzte verlangten, dass das städtische Gesundheitsamt das Schulamt in Leipzig ihre bisherige Haltung sofort ändere. Bei der Hilflosigkeit in der Bekämpfung dieser unheimlichen Krankheit — die Ärzte wissen schließlich einmal den Erreger — erscheinen die von Rat der Stadt Leipzig getroffenen Maßnahmen gerade unverantwortlich. So hat das städtische Schulamt in Leipzig angeordnet, dass die einzelnen Schulen erst dann für 14 Tage zu schließen sind, wenn Krankheitsfälle aus ihnen bereits gemeldet werden! Erst

dann deutet man an eine Desinfektion der Räume, erst dann will man die Kinder vom Besuch der Schule entbinden. (!) Die Ärzte werden nicht verpflichtet, das Unzulängliche, was sie auf Grund der bisherigen Erfahrungen über die Krankheitsercheinungen der spinalen Kinderlähmung und ihrer Bekämpfung immerhin wissen, den Eltern in Referaten mitzutellen. Die Leipziger Ärzte wandten sich in ihrer Versammlung auf das entschiedenste gegen die Drohung der Schulbehörden, die Eltern der Kinder zu bestrafen, die ihre Kinder vom Besuch der Schule abhalten. Sie beschlossen ihre Aussprache mit einer einstimmig angenommenen Entschließung, in der die sofortige Schließung sämtlicher Schulen im Stadt- und Landgebiet verlangt wird als erste vorbeugende Maßnahme.

Auch in Dresden sind, wie uns heute morgen von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, einzelne Fälle von spinaler Kinderlähmung aufgetreten. Insgesamt sind bisher in Dresden 6 Fälle dieser furchtbaren Krankheit, die mit Grippeerscheinungen beginnt und in deren Verlauf sich Krämpfe einstellen, bekanntgeworden. Todesfälle sind bisher nicht zu verzeichnen. Bei der Ausdehnung der Epidemie im Leipziger und Grimmauer Gebiet erscheint es aber nicht ausgeschlossen, dass die Krankheit auch in Dresden in größerem Umfang auftritt. Es muss deshalb gefordert werden, dass die zuständigen Behörden die entsprechenden Maßnahmen ergreifen, um die Ausdehnung der Kinderlähmungsepisode zu verhindern. Vor allen Dingen kommt es dabei darauf an, vorherzusehen, welche Maßnahmen zu treffen und für Aufklärung über die Erscheinungen der Krankheit zu sorgen.

Das starke Auftreten der Epidemie in den dichtbesiedelten Industriebezirken Sachsen zeigt, wie es mit dem Gesundheitszustand der Kinder der Arbeiterschaft besteht. Die Kinder vermögen infolge der auch statistisch schulärztlich nachgewiesenen Unterernährung der Infektion dieser verheerenden Krankheit nicht Widerstand zu leisten.

Die wirtschaftlichen Ursachen der Epidemie liegen also hier zweifelsohne in den furchtbaren sozialen Verhältnissen, unter denen die Arbeiterschaft im 9. Jahre der Hindenburg-Republik bei Hungerlöhnen und den jämmerlichsten Wohnungsverhältnissen zu leben gezwungen ist.

Keine Antwort

Berlin, 21. Sept. (Eig. Drahtbericht.)

Wie das Berliner Tageblatt aus sicherer Quelle erfahren will, beschäftigt die SPD, aus das offene Schreiben der kommunistischen Partei, in dem zu einer Gegendemonstration gegen den Hindenburg-Rummel aufgefordert wird, nicht zu antworten.

Keine Antwort ist auch eine Antwort. Die sozialdemokratischen Führer in Berlin wagen nicht, durch eine offene Erklärung des Demonstrationsangebotes der kommunistischen Partei ihre Anhänger zu provozieren. Sollten es sie tun, wie das Berliner Tageblatt mitteilt, wagen, ohne irgendwelche Antwort um die ihnen unangenehme Situation herumzukommen, so beweist das nur, dass sie genau wie 1914, ja auch heute bei Hindenburg, hinter die Arbeiterschaft stehen. Wir zweifeln nicht, die sozialdemokratischen Arbeiter werden aus diesem Verhalten die Konsequenzen ziehen und gemeinsam mit den Kommunisten gegen die Hindenburgfront kämpfen.

Diktator Piłsudski

Das polnische Parlament erneut geschlossen.

Warschau, 21. Sept. (Eig. Drahtbericht.)

Jan 3. Mal seit dem Maiaufstand hat Piłsudski das Verbot des Parlaments angeordnet. Gestern wurde das Verbot, das erst vor 2 Tagen zusammengetreten war, zu Beginn der Sitzung durch ein Dekret des Staatspräsidenten auf 4 Wochen verlängert. Diese Maßnahme spiegelt die innere politische Situation in Polen wider und ist eine Antwort Piłsudskis auf die vorgestern erfolgte Ablehnung des reaktionären Pariser Friedens, das noch nicht einmal die Regierungsparteien bestätigte, die das noch nicht einmal die Regierungsparteien bestätigte. In der gestrigen Sitzung sollte ein Antrag der Nationaldemokraten, der der Regierung die ihr erlaubten außordentlichen Vollmachten wieder entziehen soll, beraten werden. Der Annahme dieses Antrages ist Piłsudski durch die Abstimmung des Parlaments zuvorgekommen.

Der weiße Terror in Litauen

Die Aufstandsbewegung nicht erstellt — Partisanen-Sämpfe gegen das faschistische Regime

Riga, 21. Sept. (Eig. Drahtbericht.)

Die litauische Regierung nimmt im ganzen Lande weitere Verhaftungen vor und hat zahlreiche Kommunisten in Konzentrationslager deportiert. Nach dem Bericht der lettischen Presse ist die Aufstandsbewegung in Litauen noch keineswegs unterdrückt. Die Aufständischen von Tauroggen sind in die Wälder geflossen. Sie bilden militärische Formationen und werden von den Bauern unterstützt. Diese Partisanengruppen führen den Kampf gegen das litauische Faschistensystem fort. Von den vom Kriegsgericht in Tauroggen zum Tode verurteilten 8 Angeklagten wurden 7 zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt.

Im Vorwärts berichtet ein lettischer Sozialdemokrat über die litauische Aufstandsbewegung. Nach seiner Darstellung wurde das Signal zum Aufstand von Arbeitern der Kreisstadt Tauroggen gegeben. Unter der Führung des Sozialdemokraten Misiul bekleideten die Arbeiter ohne große Mühe die Staatsgebäude und entwaffneten die Polizei. Des weiteren besetzten sie die benachbarte Stadt Oda. In der Hauptstadt Romno waren Arbeiter in Bewegung geraten, jedoch kam ein Aufstand nicht zum Ausbruch. Teile des 7. und 9. Infanterieregiments haben geweckt. Insgesamt sind bis jetzt 20 Personen erschossen worden, darunter 5 Jugendliche im Alter von 14 bis 18 Jahren. In Romno wurde die ganze Redaktion der sozialdemokratischen Zeitung verhaftet.

Der Kampf in Solingen

Die Metallindustriellen werben ans.

Solingen 21. Sept. (Eig. Drahtbericht.)

Als Antwort auf die weiter eingelauerten Rückschriften der Betriebsräte hat der Arbeitgeberverband der Solinger Metallindustrie in seiner Mitgliederversammlung einstimmig kündigen, sämtliche Fabrik- und Betriebsarbeiter auszusperren. Die Auspeppung wird am 8. Oktober wirksam.

Hindenburg und der Bürgerblock

Hindenburgs Rede aus Anlass der Einweihung des Tannenberg-Denkmales stand nicht in Widerspruch zu den Ergebnissen der Genfer Völkerbundtagung, sondern erfolgte in direkter Anknüpfung an dieses Ergebnis im Sinne der ganzen Politik des Bürgerblocks. Stresemann hat die polnischen Vorschläge in der Richtung auf ein Ost-Socarno mit der Begründung abgelehnt, dass die bestehenden Verträge, besonders aber der eigentliche Socarno-Pakt, einen neuen Vertrag zur Sicherung der Ostgrenzen überflüssig machen. Das war die diplomatische Begründung. Die schwerindustrielle Presse Deutschlands machte aber gar keinen Hehl daraus, dass ein solcher Vertrag für sie deshalb unabdingbar sei, weil der neu-deutsche Imperialismus die Frage der Revision des Versailler Vertrages gerade an ihrem wundesten und schwächsten Punkt, eben in der Frage der Ostgrenzen und Polen gegenüber arg upadek gedenkt. Die Rede Hindenburgs war nichts anderes, als ein etwas offeneres Bekenntnis zu dieser Politik, das Stresemann in der Genfer Ostgrenzenfrage nicht ganz deutlich machen durfte. Stresemann sprach hauptsächlich zum Ausland, Hindenburg hingegen sollte in seiner Rede zwar auch nach außen hin unterscheiden, dass der deutsche Imperialismus wieder zu Kreift kommt, vor allem aber für jene einheitliche Front, wie sie der deutsche Imperialismus für seine Politik braucht, die Propagandarede halten.

Dass die Politik Stresemanns in Genf die Politik des neu-deutschen Imperialismus war, dass der deutsche Imperialismus sich dazu vorbereitet, um die Frage der Ostgrenzen gegenüber Polen aufzurollen, dass er sich willig hinter Chamberlain und seine Kriegs- und Einkreisungspolitik gegen Sowjetrußland stellt, — das sind alles Tatsachen, die selbst die Bürgerblockpresse nicht lenkt. Sie, die doch das Sprachrohr der Regierung ist, tut das, weil die Regierung die Zeit für gekommen hält, auch außenpolitisch im Sinne der Interessen des neu-deutschen Imperialismus deutlicher zu werden. Nur die sozialdemokratische Presse, besonders aber der Stampfer-Flügel, möchte das nicht wahr haben. Das Echo der sozialdemokratischen Presse auf die Hindenburgsche Tannenbergrede war ein Tannenbergzug über Stresemann. Damit wollte sie zum Ausdruck bringen, dass die Genfer Friedenspolitik von Stresemann nun durch die Kriegsanfarten von Hindenburg durchkreuzt werde. Die Politik des Bürgerblocks, vertreten durch Stresemann in Genf, ist hier die Politik des Friedens. Aber dem Bürgerblock steht dieser Schein, der ihm von der sozialdemokratischen Presse aufgestellt wird, nicht mehr. Er braucht dieses pazifistische Gedanke für seine inneren Zwecke nicht mehr. Und so antworten die führenden Organe der Bürgerblockpresse, angefangen von der Germania bis zur Kreuzzeitung, dass die amagabenden Regierungsstellen selbstverständlich vom Inhalt der Hindenburgrede unterrichtet gewesen sind, dass sie „mit Wissen und Willen der Reichsregierung erfolgt sei usw. Ein geradezu tolles Beispiel der Verwirrung in der sozialdemokratischen Presse bietet die „Sächsische Volkswoche“, das Organ Löbes. In einem Artikel unter der Überschrift „Hindenburg zerstört Porzellän“ wird gegen ihn die Anklage erhoben, dass er „hinter dem Rücken der Reichsregierung die Kriegsabschlagsfrage wieder aufrollte“. Es wird dort u. a. erklärt: „Das Wichtigste und geradezu Unerhörte an diesem Auftreten Hindenburgs ist vielleicht, dass er damit sich in die aktive Politik der deutschen Regierung einmischt und diese durchkreuzt“. Weiter wird festgestellt: „Hindenburg pfeift auf den Willen des deutschen Volkes“, und zum Schluss heißt es: „Es ist jetzt genug. Fort mit Hindenburg vom Präsidentenstuhl. Er ist nichtfähig, das Präsidentenamt zum Wohl des deutschen Volkes auszuüben.“ Hier wird also gefordert: Fort mit Hindenburg vom Präsidentenstuhl — weil Hindenburg die Außenpolitik des Bürgerblocks durchkreuzt! Mit anderen Worten: Nieder mit Hindenburg, es lebe der Bürgerblock!

Was wird nun die Polizeiwacht dazu sagen, nachdem der Bürgerblock durch seine Presse verkündet, dass Hindenburg nichts anderes gesagt hat als das, was der Bürgerblock gewusst und gebilligt hat? Was geschieht nun mit dem Tannenbergzug über Stresemann? Wer ist nun besser berufen, für den Sinn der Bürgerblockpolitik zu zeugen, die Presse des Bürgerblocks oder die sozialdemokratische Presse? In dieser sozialdemokratischen Verwirrung kommen eben die Kälteigkeit über den vollen Zusammenbruch ihrer Außenpolitik zum Ausdruck. Immer wieder ver-